

Ö1-Abendjournal

Mit Kristina Tönigke, Frankenberger im Studio, guten Abend.

Für Kreditnehmer in Not werden Mahn- und Verzugsspesen befristet ausgesetzt, wie der Hausdurchsuchungen

bei Meinungsforschungsinstituten wegen ÖVP umfragen.

Die FPÖ rührt die Werbe Trommel für synthetisch hergestellte Treibstoffe.

Und die indische Mondmission war erfolgreich.

Die Sonde ist sicher gelandet.

Außerdem, die Hängepartie auf der Suche nach einer neuen spanischen Regierung geht weiter.

Deutschland erleichtert die Änderung des Geschlechtseintrags und des Vornamens

und die Auflagenzahlen der Zeitungen brechen deutlich ein.

Die Journal Panorama Sommergespräche hören sich heute die Präsidentin der österreichischen Gesellschaft für allgemein Medizin.

Rezepte gegen den Ärzte-Mangel nach dem Abendjournal.

Den Anfang macht Jörg Stibor mit der Wetterprognose.

Im Großen und Österreichs geht es heiß, schwödel und recht sonnig durch den Abend.

Ein paar Regenschau und Gewitter sind in den nächsten Stunden aber noch dabei.

In erster Linien Osttirol, Kärnten und der Steiermark.

Sie klingen bis Mitternacht ab.

Montonnerstag gibt es anfangs stehenweise etwas Nebel.

Bald aber in ganz Österreich viel Sonnenschein.

Es wird auch wieder heiß mit 28 bis 35 Grad.

In 2000 m hat es zum Mittag 18 bis 24 Grad.

Am späteren Nachmittag und am Abend sind dann nach Südwesten in einzelne Wärmegebitter möglich.

Die steigenden Zinsen sorgen bei variablen Krediten zunehmend für hohe Aufwendungen.

Wer mit der Rückzahlung seines Immokredits in Verzug gerät,

dem greifen die österreichischen Banken künftig etwas unter die Arme.

Die Banken verzichten auf Mannspesen und Verzugszinsen.

Das ist die zentrale Maßnahme eines Pakets,

dass Finanzminister Brunner und Bankenspartner Willi Bald Czernko vereinbart haben.

Hanna Sommersacher.

Es ist kein großer Wurf geworden aber immerhin.

Wer mit der Rückzahlung seines Wohnkredits in Verzug gerät,

mit dem werden die heimischen Banken kein zusätzliches Geschäft machen.

Die Banken verzichten in den nächsten zwölf Monaten auf Mannspesen und Verzugszinsen.

Das betreffe ohnehin nur wenige, versichert Willi Bald Czernko,

der Chef der Erste Bank und ob man der Bankensparte in der Wirtschaftskammer sagt,

dass wir heute in unseren Daten nicht sehen,

dass eine Vielzahl von österreichischen Haushalten unter der Zinslast zusammenbricht oder Tod zusammenzurechnen.

Man werde aber Einzelfalllösungen für alle finden,

die bei der Kreditrückzahlung Probleme haben.

Finanzminister Magnus Brunner, ÖVP,

kündigt zudem eine Transparenz-Datenbank für Spareinlagen an.
Er sei froh, dass die Branche sich bereitet,
erklärt hat, die Konditionen für Spareinlagen an eine von der österreichischen Nationalbank betriebenen Plattform einmelden wird.
Wie die Datenbank aussehen soll, ist offenbar noch unklar, auch bei der Nationalbank.
Wie zu Governor Gottfried Haber.
Die genaue Aufgaben, Verteilung und wo diese Informationen am besten aufgehoben sind, das muss man sich anschauen, wenn es gewünscht ist, kann die ÖNP gerne eine Rolle spielen.
Das Paket trifft auf teils heftige Kritik.
Die Oppositionspartei in SBO und FBO sowie der Gewerkschaftsbund vermissen etwa einen Zinsdeckel.
NEOS sehen die Maßnahmen an sich kritisch.
Es sei nicht Aufgabe der Politik, jeden Lebensbereich zu Tode zu regulieren.
Wirtschaftskammer und industriellen Vereinigung begrüßen das Paket, es helfe Kreditnehmenden dann, wenn notwendig.
Die Wirtschafts- und Korruptionstaatsanwaltschaft hat ihre Ermittlungen ausgeweitet rund um Umfragen,
die von ÖVP-geführten Ministerien in Auftrag gegeben wurden.
Wieder haben Hausdurchsuchungen und Sicherstellungen stattgefunden.
Der Vorwurf lautet, Mitarbeiter in ÖVP-Ministerien sollen Umfragen beauftragt haben, von denen nicht die Ministerien profitiert hätten, sondern die ÖVP.
Bernd Kuschu.
Die Vorwürfe betreffen das von einem ehemaligen ÖVP-Bauernbund funktionär geleitete Meinungsforschungsinstitut Demox sowie Kabinettsmitarbeiter der ÖVP-geführten Ministerien Wirtschaft, Landwirtschaft und Verteidigung.
Laut Anzeigen, die die SPÖ im Zuge des Korruptions-Untersuchungsausschusses erstattet hat, sollen die Kabinettsmitarbeiter Umfragen mit Ministeriums-fremden-Fragestellungen in Auftrag gegeben haben, etwa welche Parteimann am Sonntag wählen würde oder wie Hans-Peter Dosko-Ziel als SPÖ-Chef abschneiden würde.
Laut WKSDA besteht der Verdacht von wettbewerbswidrigen Absprachen, Betrug und Teue, wenn der Grundsatz der Zweckmäßigkeit und Sparsamkeit verletzt wurde und dem Bund ein finanzieller Schaden entstanden ist.
Umfrageergebnisse haben ausschließlich der ÖVP gedient, sagt der SPÖ-Abgeordnete Kajang-Kreiner.
ÖVP-Generalsekretär Christian Stocker wirft der SPÖ schmutzige Methoden vor, von der ÖVP beauftragte Umfragensein von der ÖVP bezahlt worden.
Auch der Demox-Chef weist die Vorwürfe zurück.
Für ein Weiterbestehen von Verbrennungsmotoren machen sich neben der ÖVP nun auch die Freiheitlichen stark.
Auch sie fordern den Einsatz von E-Fuels, also von synthetischen Greibstoffen, die mit Strom aus erneuerbaren Energiequellen erzeugt werden.
Das sei klimaneutral und gut für Wirtschaft und Arbeitsplätze in Europa.
Erzeugt werden sollen die E-Fuels laut FPÖ z.B. in Afrika.

Peter Dase.

Für den Flugverkehr, für Schiffe und für den Schwerverkehr auf Straßen seien E-Fuels jedenfalls notwendig, sagt der Innovationssprecher der Freiheitlichen Gerd Daimek. Außerdem können die bestehende Treibstoffinfrastruktur mit E-Fuels weiter genutzt werden, z.B. Tankstellen.

Er ist gegen ein Verbot von Verbrennungsmotoren in Europa.

Es ist ganz einfach, Kraftstoffe, egal ob jetzt Fossilienkursprungs oder erneuerbaren Ursprungs, haben eine sehr hohe Energiedichte und sie lassen sich ganz leicht transportieren und speichern.

Und das sind gleichzeitig die großen Unterschiede, beispielsweise zu Strom, zu Elektrizität.

Ein Argument gegen den allgemeinen Einsatz von E-Fuels ist, dass diese viel Strom für die Herstellung brauchen, auch wenn er aus Wind oder Sonne gewonnen wird.

Daher, so argumentiert Daimek, sollten E-Fuels in sonnenreichen Gegenden in Afrika oder windreichen Gegenden in Südamerika hergestellt werden.

FPÖ-Umweltsprecher Walter Rauch sagt auch, das würde dort Wohlstand schaffen.

Und hier natürlich auch, den Menschen diese Exporttechnologie zur Verfügung zu stellen und natürlich auch dadurch den Migrationsdruck nach Europa zu verringern.

Das wäre unser Ansatz und unser Ziel.

Zur Frage, ob sich Europa damit von Energie aus anderen Ländern abhängig macht, heißt das von der FPÖ.

Man ersetzt ja nur die bisherige Abhängigkeit, es kommen jedenfalls keine Neue hinzu.

Ins Ausland.

Die Mondsonde ist sicher auf dem Mond angekommen, das hat die indische Weltraumbehörde am Nachmittag mitgeteilt.

Indien ist damit das vierte Land, den eine sanfte Landung auf dem Erdrabanten gelungen ist.

Und das erste Land, das in der Region des Südpolstes Mondes Untersuchungen durchführen wird.

Ein russischer Versuch dort zu landen, ist am vergangenen Wochenende gescheitert.

Erleichterung bei den Weltraumforschern in der südindischen Stadt Bengaluru.

Kurz nach 14.30 österreichischer Zeit landet die indische Mondsonde Chandrayan, drei sanft nahe des Südpolstes Mondes.

Indien ist jetzt auf dem Mond, sagt Ministerpräsident Narendra Modi, der vom Bricks Gipfel in Südafrika

zugeschaltet ist.

Hier werde Geschichte geschrieben, so Modi.

Das Mondfahrzeug Chandrayan 3 ist Mitte Juli vom südlichen Bundesstaat Andra Pradesh gestartet.

In den nächsten beiden Wochen soll der unbemannte Roboter auf der bisher kaum erforschten Südseite

des Mondes vor allem gefrorenes Wasser sowie Boden- und Gesteinseigenschaften untersuchen.

Sanfte Mondlandungen sind schwierig und bisher nur der Sowjetunion, den USA und China geglückt.

Eine russische Sonde, die ebenfalls die Südregion des Mondes erforschen sollte, ist am vergangenen

Wochenende auf der Mondoberfläche zerstellt.

Der erste indische Landungsversuch ist vor vier Jahren ebenfalls gescheitert.

Der jetzige Erfolg gilt für das aufstrebende Indien aber als Nachweis, dass das Land technologisch mit den Großen der Welt mithalten kann.

Das Ansehen des nationalistischen Ministerpräsidenten Modi dürfte damit vor den Wahlen im nächsten

Jahr steigen.

Heute sprach Modi allerdings von einem Erfolg für die gesamte Menschheit.

Berichtet Ernst Kernmeier.

Durch russischen Beschuss und Angriffe mit Drohnen sind in der Ukraine heute mindestens acht Menschen getötet worden und der Anderem ist auch eine Schule getroffen worden.

Russland meldet drei ukrainische Drohnen über Moskau abgefangen zu haben.

Karin Koller berichtet.

Aufreim arbeiten nach dem schweren russischen Drohnenangriff in Romney, im Nordosten der Ukraine.

Die Schule wurde hier getroffen.

Vier Menschen wurden getötet.

Zwei Lehrer der Schule direkt und seine Mitarbeiterin, so der Sprecher der lokalen ukrainischen Militärverwaltung.

Mehrere Menschen wurden verletzt.

Bei russischen Attacken im Gebiet von Danetsk und Kherson sind heute weitere vier Zivilisten ums Leben gekommen.

Im Gebiet von Odessa ist am Morgen wieder ein Getreidespeicher von russischen Drohnen zerstört worden.

13.000 Tonnen Getreides sind im Donorhafen von Ismail in Flammen aufgegangen.

Getreide, das für Ägypten und Rumänen bestimmt war.

Seit Russland den Getreidetil aufgekündigt hat, versucht die Ukraine ihr Getreide über ihre Donaheven zu exportieren.

Dieses sind seither verstärkt zielrussische Angriffe.

Beim Onlinetreffen der von der Ukraine initiierten Krim-Plattform hat Österreichs Außenminister Alexander Schallenberg von den unvorstellbaren Zerstörungen dieses Kriegs gesprochen.

Man werde Russland mit diesen Verbrechen nicht davonkommen lassen, so Schallenberg.

Die Ukraine will unterdessen heute nach eigenen Angaben ein russisches Boden-Lufttraketensystem auf der Krim zerstört haben.

Dieses S400-Raketensystem gilt als eines der besten auf dem Markt.

Die Ukraine spricht von einem schweren Schlag für Moskau.

Aus Moskau gibt es dazu bisher keine Bestätigung.

Die russische Luftabwehr hat heute nur den Abschuss dreier russischer Drohnen über Moskau gemeldet.

Verletzt worden sei dabei aber niemand.

Die Gruppe der Bricks starten.

Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika wollen ein Gegengewicht zum Westen bilden. Geopolitisch und wirtschaftlich.

Am zweiten Tag ihres Gipfel-Treffens steht heute die Erweiterung der Gruppe im Mittelpunkt.

Rund 40 Länder sollen Interesse an einer Mitgliedschaft geäußert haben.
23 davon ganz konkret.

David Kriegliedler.

Die Bricks-Gruppe soll wachsen, um die Interessen der Länder des globalen Südens zu fördern.
Sagt Südafrikas Präsident und Gipfel-Gastgeber Cyril Ramabosa.

Dazu müsse die Bricks Entwicklungsbank gestärkt werden, sagt Kinderstaatschef Xi Jinping.

Er tritt für einen beschleunigten Beitrittsprozess für neue Mitglieder ein,
um eine gerechtere Weltordnung zu errichten.

Soll heißen, die Bricks starten als Gegenpol zum Westen?

Das wünscht sich auch Russlands Präsident Vladimir Putin,
der per Videoschaltung einmal mehr die USA und Europa für den Ukraine-Krieg verantwortlich macht.

Die zwei großen Demokratien im Bunde, Indien und Brasilien,
pochen auf klare Beitrittskriterien für neue Mitglieder.

Sie scheuen sich vor einer allzu anti-westlichen Positionierung der Gruppe.

Aber ...

... die Kreuzung einer Moeda für die Transaktionskommissionen ...

... wir brauchen eine eigene Wehrung, die den Handel zwischen den Bricks starten erleichtert
und unsere Verwundbarkeit verringert, sagt Brasiliens Präsident Lula da Silva,
der die globale Dominanz des US-Dollars infrage stellt.

Indiens Premierminister Narendra Modi plädiert für verstärkte Zusammenarbeit der Bricks-Länder
in den Bereichen Tierschutz, Impfstoffproduktion sowie in der Weltraumforschung.

Menschen, die sich nicht mit ihrem biologischen Geschlecht identifizieren können,
sollen in Deutschland künftig leichter Änderungen des Vornamens und des Geschlechts vornehmen
können.

Die Regierung in Berlin will das für viele Entwürdigende transsexuellen Recht streichen
und durch ein Selbstbestimmungsrecht ersetzen.

Eine Reform, die drauf die Trans-Menschen schon lange warten,
denn sie mussten bisher ein aufwendiges Prozedere durchlaufen.

Andreas Jülli.

Das Grundgesetz in Deutschland garantiert die freie Empfindung der Persönlichkeit und den Schutz
der Privatsphäre.

Und das gilt nun auch für transgeschlechtliche, intergeschlechtliche und nichtbinäre Menschen,
sagt Familienministerin Lisa Paus.

Wer ich bin, das weiß nur ich selbst.

Und das gilt auch für die geschlechtliche Identität.

Künftig soll deshalb ein Antragsformular Namen und Geschlecht amtlich ändern zu lassen
und eine Erklärung, dass man sich der Bedeutung des Vorgangs bewusst ist.

Nach diesem Antrag gibt es noch eine dreimonatige Bedenkzeit.

Justizminister Waco Buschmann spricht von einem gesellschaftspolitischen Fortschritt.

Wir wissen seit vielen Jahren, dass es Menschen gibt.

Die Gruppe ist nicht groß, aber es gibt die Menschen,
deren sexuelle Identität von ihrem biologischen Geschlecht abweicht.

Und das ist keine Krankheit oder Abnormität, sondern es sind Menschen,

die auch ein Recht haben, akzeptiert zu werden, angenommen zu werden.
Und unser Staat hat sie in der Vergangenheit wie Kranke behandelt.
Denn bisher sind dafür zweipsychiatrische Gutachten notwendig.
Für ein Gerichtsverfahren, dabei müssen auch sehr intime Fragen beantwortet werden.
Das wird gestrichen, aber alle anderen gesetzlichen Regelungen bleiben erhalten.
Dieses Gesetz hilft vielen Menschen, ihre sexuelle Identität in einer offenen Gesellschaft leben zu können.
Aber dieses Gesetz nimmt niemanden etwas weg.
Die Familienministerin verweist auf ähnliche Regelungen, wie sie in 15 anderen Ländern gelten.
Zum Beispiel auch in Spanien und in Finnland,
ohne dass es irgendwelche Hinweise auf Missbräuche in diesen Ländern gäbe.
In letzter Zeit haben jedes Jahr 2.500 bis gut 3.000 Menschen in Deutschland
ihren Namen und ihr Geschlecht amtlich ändern lassen.
Eigentlich auf der Suche nach einer neuen Regierung versinkt Spanien in eine spätsommerliche
Poliziester.
Erst in über einem Monat wird das Parlament über die Kandidatur des konservativen
Oppositionsführers Vecho
für das Amt des Ministerpräsidenten debattieren und abstimmen.
Vechos Volkspartei hatte die vorgezogene Parlamentswahl Ende Juli vor den Sozialisten von
Ministerpräsident Sanchez gewonnen.
Beiden fehlt eine regierungsfähige Mehrheit aus Madrid, Josef Manola.
Seit der Parlamentswahl wurde Amtsinhaber Pedro Sanchez nicht müde,
den möglichen Unterstützerinnen und Bündnispartnern zu versichern, dass er über eine Mehrheit im
Parlament verfüge.
Nicht ohne Grund, wie sich bei der Wahl der Parlamentspräsidentin zeigte.
Schon im ersten Durchgang war die sozialistische Kandidatin gewählt, für die konservativen eine
unerwartete Schlappe.
Alberto Nunez Vecho hatte die Rechtspopulisten von Vox verärgert, sie stimmten nicht, wie
erwartet, für seine Kandidatin.
In einem Vier-Augen-Gespräch haben Vecho und der Chef der Rechtspopulisten inzwischen die
Unstimmigkeiten beseitigt.
Die Volkspartei schließt mit Rücksicht auf künftige Partner eine Koalition mit Vox aus,
wird aber deren Forderungen im Regierungsprogramm unterbringen.
Santiago Abascal erklärte Pedro Díenz mit dem Staatschef, die Vox Abgeordneten würden
geschlossen für Vecho stimmen.
Daher beauftragte König Philippe den konservativen Wahlsieger mit der Regierungsbildung.
Die Sprecherin von Pedro Sanchez, Pilar Alegria, reagiert Teefer, ärgert.
Diese Pseudoinvestiture ist zum Scheitern verurteilt, Vecho will damit nur Neuwahlen erzwingen.
Tatsächlich fehlen dem Kandidaten Vecho nach derzeitigen Stand vier Stimmen auf die Absolute.
Er hat bis zur Wahl des Regierungschefs am 28. September Zeit sie aufzutreiben.
In Genf muss sich die Republik Österreich seit Anfang der Woche vor einer Sonderkommission der
UNO
zur Umsetzung der Behindertenrechtskonvention rechtfertigen.
Wie schon bei der letzten Staatenprüfung vor zehn Jahren ist auch diesmal mit einer Rüge der

Vereinten Nationen zu rechnen.

Jürgen Pettinger mit den Einzelheiten.

Eine 24-köpfige Delegation aus Vertreterinnen und Vertretern mehrerer Ministerien muss sich derzeit fragen,

eines UN-Fachausschusses in Genf gefallen lassen.

Michael Lardstädter vom österreichischen Behindertenrat.

Beispielsweise, warum es bei uns noch immer kein inklusives Schulsystem gibt oder beispielsweise, warum es Rückschritte gegeben hat im Bereich der Barrierefreiheit in den letzten Jahren.

Also das sind nur einige dieser Beispiele.

Die UN-Behindertenrechtskonvention, die Österreich vor 15 Jahren selbst ratifiziert hat, sieht im Grunde gleiche Rechte für Menschen mit und ohne Behinderungen vor.

Selbst Vertreterinnen und Vertreter wie Michael Lardstädter kritisieren, dass davon heute immer noch keine Rede sein könne.

Einerseits ist es mangelndes Interesse, dann ist es das österreichische Problem des Federalismus. Bundesländer glauben noch immer, teilweise sie können machen, was sie wollen und sich nicht an völkerrechtliche Verträge gebunden.

Und teilweise ist es auch in Schlandrien.

Eine große Forderung ist etwa mehr persönliche Assistenz für Menschen mit Behinderungen, um am gesellschaftlichen und beruflichen Leben besser teilhaben zu können.

Zuständig ist dafür derzeit am Arbeitsplatz aber der Bund, in der Freizeit hingegen, das jeweilige Bundesland.

Wenigstens, das soll sich im Zug eines Pilotprojekts jetzt ändern,

kündigt Alexander Miklaus vom Sozialministerium in Genf.

Ziel ist eine Gleichbehandlung von Menschen mit Behinderungen in allen Teilen Österreichs und es soll auch der Ausbau ermöglicht werden.

In den nächsten Wochen wird der Fachausschuss der UNO-Handlungsempfehlungen erarbeiten, wie Österreich die Behindertenrechtskonvention schneller und besser umsetzen könnte.

Rechtlich bindend ist das allerdings nicht.

Die Uffizien in Florenz sind vergangenen Nacht Opfer eines Vandalen-Aktes geworden, genauer gesagt der Vasari-Korridor, der den Uffizienpalast mit dem Pitti-Palast verbindet.

Sieben Säulen wurden mit Buchstaben und Ziffern beschmiert, berichtet aus Italien, Cornelia Bospanik.

Bürgermeister Dario Nardella spricht von einem verabscheuungswürdigen Akt, von Menschen, die den Wert des kulturellen Erbes völlig ignorieren.

Noch schärfer die Reaktion von Uffiziendirektor Eike Schmid das Gesetz müsse er hart durchgreifen.

Und wenn das nicht genüge, braucht man eben ein schärferes Gesetz.

Härtere Strafen für Ökoaktivisten sind in Italien schon in Arbeit.

Künftig soll nicht nur das Verwaltungsrecht greifen, sondern auch der Strafrecht.

Die Kosten für die Reinigung sind zu übernehmen.

Auch in Florenz gab es bereits spektakuläre Aktionen.

Der Hintergrund dieser nächtlichen Beschmierung ist allerdings völlig unklar.

Der oder die Täter sollen mithilfe von Überwachungskameras ausgeforscht werden, verspricht man, nebst schnellstmögliche Entfernung des Schriftzugs.

Jener Mann, der bei seinem Überfall auf eine Trafik in Graz am Kassenschluss gescheitert ist, soll sechs weitere Raubüberfälle begangen haben.

Mit Hilfe von Überwachungsvideos und eines anonymen Hinweises hat die Polizei ihn nun ausgeforscht.

Barbara Schupfer informiert.

Mit einer Schutzmaske und einer Baseballkappe verkleidet, bedroht er die Trafikantin mit einer täuschend echt aussehenden Pistole und verlangt das ganze Geld.

Doch die Frau erklärt dem Oststeuerer im Seelenruhe, dass sie nicht mehr in die Registrierkasse kommen.

Der Trafikbesitzer stellt schließlich klar, um sechs ist Schluss, woraufhin der 35-Jährige ohne Beute flüchtet.

Eben diese Szenen werden auch von der Überwachungskamera festgehalten und von der Polizei veröffentlicht.

Mit Erfolg, ein anonymer Hinweis führt die Ermittler zu dem 35-Jährigen aus dem Pizier Quait. Vor zwei Tagen kann er im Zuge eines Cobra-Einsatzes verhaftet werden.

Bei der folgenden Hausdurchsuchung werden Teile seiner Verkleidung und auch die Tatwaffe gefunden,

wie sich herausstellen sollte, eine Spielzeugpistole.

Der verdächtige Selbstist laut Polizei umfassend geständig und gibt an, aus finanzieller Not gehandelt zu haben.

Die Verkaufsauflagen der österreichischen Tageszeitungen gehen weiter zurück.

Jedoch sind ihn im ersten Halbjahr 2023 bei fast allen Titeln die Absatzzahlen bei den ePapers, also bei den Online-Abus, gewachsen.

Das zeigen die aktuellen Daten der österreichischen Auflagenkontrolle.

Ähnlich sieht es bei Gratisblättern, Wochen- und Monatszeitungen aus.

Stefan Kappacher berichtet.

Beispiel Kronenzeitung.

Die mit Abstand größte Kauftageszeitung hatte zur Jahresmitte eine Verkaufsaufgabe von 568.000 Stück.

Das waren um 45.000 weniger als ein Jahr davor.

Hier setzt sich eine dramatische Entwicklung vor Ort, weil es Medienexperte Peter Bleikner.

Wenn wir einen 10-Jahres-Vergleich anstellen, dann hat die Kronenzeitung 2013 noch täglich 800.000 Stück verkauft.

2023 sind es nur noch 568.000.

Das ist ein Rückgang um 29 Prozent.

Die Zuwächse bei den ePapers, die in die Auflagenzahl eingerechnet sind, können diese Entwicklung nur bremsen, aber nicht stoppen.

Endlich geht es Presse, Standard und den Bundesländerzeitungen.

Der Kori und die neue Vorarlberger Tageszeitung mussten sogar ein kleines Minus bei den Digital-Abbots hinnehmen.

Bei den Gratiszeitungen liegt heute von Eva Dichand mit einer verbreiteten Auflage von 470.000 Stück

vor OE 24 von Wolfgang Fellner mit 400.000 Stück.

Gegen den Trend konnten die Magazine Woman und TV-Media aus der VGN Holding Auflagensteigerungen erzielen.

Zur Handynutzung von Kindern jetzt mehr als 80 Prozent der 3- bis 6-Jährigen in Österreich sind täglich online doppelt so viele wie noch vor 10 Jahren.

Das gibt eine aktuelle Studie der Organisation Safer Internet.

Das wirkt sich auch auf die Gesundheit aus. Es führt zu Haltungsschäden und Kurzsichtigkeit schon bei Kindern.

Barbara Reichmann.

Der Bildschirm zu nah am Auge und zu lange.

Das kann das Längenwachstum der Augen beeinflussen und das wiederum bedeutet Kurzsichtigkeit.

Bei 10-Jährigen Kindern sind bereits 10 Prozent kurzsichtig, bei 16-Jährigen sind es schon 30 Prozent.

Im erwachsenen Alltag können dadurch weitere medizinische Probleme entstehen, sagt Markus Geschweidel,

Bundesinnungsmeister der Augen- und Kontaktlinzen-Optiker und Optometristin.

Nicht zur Ablösung, klarkomm und deswegen sollte man hier rechtzeitig, frühzeitig einschreiten.

Man kann versuchen, die Kurzsichtigkeit einzubremsen, etwa mit speziellen Augentropfen oder durch bestimmte Brillen und Kontaktlinzen.

Auch draußen sein an der frischen Luft hat einen sehr positiven Effekt, mindestens ein bis zwei Stunden pro Tag.

Das kommt den Augen zugute und wirkt auch den steigenden Haltungsschäden bei Kindern entgegen.

Und weiter geht es mit den Meldungen Tom Brandenberger, bitte.

Am Nachmittag sind den Kernten wieder schwere Gewitter niedergegangen,

die nach den verheerenden Schäden von Anfang August erneut Probleme verursacht haben.

In den Bezirken Hermagor, St. Feid und Wolfsberg waren mehr als 1.500 Haushalte von Stromausfällen betroffen.

Kleinräumige Überflutungen und Murenabgänge gibt es auf der Packer-Bundesstraße und der Obdacherstraße,

die Feuerwehren sind im Dauereinsatz.

Innenminister Gerhard Karna von der ÖVB hat nach einem Treffen mit dem rumänischen Innenminister

Katalin Fredoyu in Wien bezohnt, dass Österreich eine Schengenaufnahme Rumäniens vorerst weiter ablehne.

Es könne derzeit keine Änderung geben, da das System als Ganzes nicht funktioniere und kaputze, sagte Karna.

Zugleich lobte er die Zusammenarbeit mit Bucharrest die erste Erfolge vorweisen könne,

so habe es im Kampf gegen Schlepper Ende Junis 37 Hausdurchsuchungen in Österreich, Ungarn und Rumänien gegeben,

die zu Festnahmen in Rumänien geführt hatten.

Niederösterreichs Landeshauptfrau Johanna Mikl-Eitner von der ÖVB hat in einem Brief an Justizministerin

Almassadic von den Grünen erneut deutlich schärfere Strafen für Klimakleber gefordert.

Mit ihren immer radikaleren Klimaprotesten würden die Aktivisten immer größere Teile der

Bevölkerung

gegen sich aufbringen, argumentiert Mikl-Eitner.

Der ÖVB-Vorschlag sieht bis zu drei Monate Haft vor, wenn Einsatzfahrzeuge blockiert, damit andere gefährdet werden.

Die italienischen Behörden haben binnen 48 Stunden drei Seenot-Rettungsschiffe von zwei deutschen

und einer spanischen Hilfsorganisation festgesetzt.

Grundlage ist in allen drei Fällen ein umstrittenes Dekret der italienischen Regierung.

Es besagt, dass Rettungsorganisationen jeweils nur einen Einsatz ausführen

und die Passagiere nur an ihnen zugewiesenen Hefen aussteigen lassen dürfen.

In der Praxis liegen diese Hefen aber auf 100 km vom Ort der Rettung entfernt.

Und das Wetter morgen anfangs vereinzelt neblig, bald aber in ganz Österreich viel Sonnenschein und wieder heiß, mit Höchstwerten zwischen 28 und 35 Grad.

Mit diesen Aussichten verabschiedet sich Ihr Journalteam Harald Landgraff,

Julia Schmuck und Christine Tönnicke-Frenkenberger.

Danke für Ihr Interesse.

Am Wort ist jetzt Elisa Wasch.

Ö1-Journal-Panorama

Guten Abend und willkommen zum Sieben.